Fraktion aktuell.

Der Newsletter der SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

104 | 07.06.2024

Liebe Leserin, lieber Leser,

vor zwei Wochen haben wir den 75. Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes gefeiert. Deutschland hat damit vier Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zweifellos eine gute Verfassung erhalten; ob es sich derzeit in guter Verfassung befindet, erscheint angesichts der zunehmenden Angriffe auf politisch engagierte Menschen fraglich zu sein. Umso wichtiger ist es, dass Menschen hier und andernorts Zeichen des Zusammenhalts und der Vielfalt unseres Zusammenlebens setzen – wie beim Christopher Street Day vor zwei Wochen und hoffentlich auch bei der Wahl zum Europäischen Parlament an diesem Sonntag.

Eine interessante Lektüre wünscht

Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Festakt zu 75 Jahren Grundgesetz

Am Tag des Grundgesetzes, am 23. Mai, würdigte auch der Rat gemeinsam mit Vertreter*innen der Stadtgesellschaft die deutsche Verfassung anlässlich ihres 75-jährigen Bestehens. Bürgermeister Thomas Klapproth unterstrich die Bedeutung von Artikel 1 als Grundprinzip des Grundgesetzes, dem sich alles andere unterzuordnen habe: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Bekenntnis zum Grundgesetz: unsere Fraktion in der Feierstunde am 23. Mai.

© Simona Bednarek photography

Daran anschließend erläuterte Jens Binner, Direktor des ZeitZentrums Zivilcourage, die Zielsetzung und anhaltende Bedeutung des Artikels 1. Lehren aus der nationalsozialistischen Diktatur seien dabei nur einer der Gründe für die herausgehobenen Stellung der menschlichen Würde im Grundgesetz gewesen. Eine größere Rolle habe für viele Beteiligte der Kampf gegen den Kommunismus im Zeichen des beginnenden Kalten Krieges gespielt. Binner betonte, dass es besonders wichtig sei, aktuelle Politik immer wieder an dem Maßstab des Artikel 1 zu prüfen. Vor allem rechtspopulistische Parteien sprächen Menschen nur noch als Gruppen an und nicht als Individuen – ein klarer Verstoß gegen den Geist von Artikel 1. Besonders deutlich werde dies in der Migrationspolitik.

Den historischen Vorläufern der Institutionen des Grundgesetzes widmete sich Christoph Hönnige vom Institut für Politikwissenschaft der Leibniz Universität. Vor allem das Prinzip des Föderalismus sei tief in der deutschen Geschichte verankert. Die vergleichsweise starke Stellung der Bundesländer beruhe auf der Jahrhunderte langen Entwicklung, während andere Fragen, wie vor allem die Stellung des Bundespräsidenten, durch die Erfahrungen der Weimarer Republik beeinflusst worden seien.

Während an der Veranstaltung im Ratssaal alle Fraktionen des Rates teilnahmen, blieben auf den Tribünen die meisten Plätze frei. Das ist insofern bedauerlich, als die Stadtgesellschaft den eigentlichen Kern unseres demokratischen Gemeinwesens auf kommunaler Ebene bildet. Es wäre ein schönes Zeichen gewesen, wenn beispielsweise Neubürger*innen und Ehrenamtliche zu dem Festakt eingeladen worden wären, bekennen sie sich doch mit ihrer Einbürgerung bzw. mit ihrem Engagement ausdrücklich zu den Werten unseres Grundgesetzes. – Da war es ein gutes Zeichen, dass am selben Tag auf Initiative von Schüler*innenvertretungen 3.500 Menschen für den Schutz des Grundgesetzes durch Hannover gezogen waren und für die Bewahrung unserer Demokratie demonstriert hatten.

Stärkung der Kulturlandschaft

Freie Räume für Kulturschaffende sind oft knapp und daher sehr wertvoll. Sie bieten nicht nur den Künstler*innen die Möglichkeit, sich auszuprobieren, ihre Werke zu präsentieren und sich auszutauschen, sondern auch der gesamten Bevölkerung die Chance, an kulturellen Veranstaltungen teilzunehmen und sich inspirieren zu lassen.

Eine Identifikation von Orten die sich als Atelier oder Proberäume eigenen, bedarf mitunter ebenso viel Kreativität. Die Deutsche Rockmusikstiftung etwa betreibt erfolgreich mehrere Bunker, die als Musikübungsräume genutzt werden. Unterstützt haben wir deshalb die Initiative Kunst-Bunker-Osterforth in ihrem Bestreben, diesen Bunker zu einem spartenübergreifenden Kulturort zu entwickeln. Bereits vor vier Wochen haben wir deshalb im Kulturausschuss beschlossen, die Deutschen Rockmusikstiftung bei der Umsetzung von gleich zwei Bunkerumbauten in der Nordstadt und in Bothfeld finanziell zu fördern.

Als weitere Kulturräume haben wir die ehemaligen Ladengeschäfte im sogenannten „Weißen Gang" unterhalb der Hamburger Allee ins Auge gefasst. Wir haben deshalb den Antrag gestellt zu prüfen, ob und in welcher Weise diese nutzbar wären und Kulturschaffenden zur Verfügung gestellt werden könnten. Dies würde auch zur Belebung des nördlichen Bahnhofsumfeldes führen und den Raschplatz für junge Kreative öffnen.

Damit korrespondiert unser Ansinnen, die 1.000 Quadratmeter im Obergeschoss des Kulturzentrums Pavillon in den Blick zu nehmen. Auch hier soll die Verwaltung die Nutzung dieses derzeit ungenutzten Raumpotentials insbesondere durch die Kreativbranche prüfen und entsprechende Konzepte zügig und möglichst ohne Belastung des städtischen Haushalts umsetzen.

Diese beiden Anträge werden am 14. Juni im Kulturausschuss beraten werden.

MusikZentrum bleibt am Standort erhalten

Vor einem halben Jahr hatten wir die Verwaltung beauftragt, sich für den Erhalt des MusikZentrums einzusetzen und hierfür auch den Erwerb des Grundstückes an der Emil-Meyer-Straße zu erwägen.

Bereits 2022 war durch einen Aufstellungsbeschluss der Bebauungsplan für dieses Grundstück dahingehend geändert worden, dass einerseits die „freizeitbezogene(n) Nutzungen" dort gesichert und andererseits die Entwicklung von Gewerbe auf den Brachflächen des Grundstücks leichter möglich werden sollte. Nun hat die Verwaltung darüber informiert, dass sie dem derzeitigen Eigentümer das Grundstück abkaufen und dieser es zunächst von Altlasten befreien lassen wird. Das MusikZentrum wird somit am Standort erhalten bleiben – ein großer Erfolg und ein wichtiger Beitrag zur Bewahrung unserer vielfältigen Kulturlandschaft!

Bleibt am bisherigen Standort erhalten: das MusikZentrum, hier die Veranstaltungshalle.

© MusikZentrum Hannover

Gedenktafel für queere NS-Opfer

Zur Erinnerung an die Verfolgung und Vernichtung Homosexueller durch die nationalsozialistische Diktatur soll eine Gedenktafel in unserer Stadt angebracht und diese mit Informationen über das NS-Unrecht gegenüber queeren Menschen ausgestattet werden.

Diesen Auftrag haben wir in verschiedenen Ausschüssen, zuletzt im Verwaltungsausschuss am 30. Mai, zusammen mit zwei ergänzenden Anträgen beschlossen. Damit haben wir im Umfeld des Christopher Street Days ein Zeichen an die queere Community gesandt und zugleich einen Beschluss des SPD-Stadtverbandsparteitages vom 13. Januar umgesetzt.

Unser Europaabgeordneter Bernd Lange (M.), umrahmt von der stellvertretenden Juso-Bundesvorsitzenden Sarah Mohamed, der Hildesheimer Landtagsabgeordneten Antonia Hillberg, unserer gleichstellungspolitische Sprecherin Maxi Carl, dem Sprecher der SPD queer im Bezirk Hannover, Florian Kusche, unserer Ratsfrau Anja Schollmeyer und dem stellvertretenden Juso-Bundesvorsitzenden Lasse Rebbin (v. l.) beim Christopher Street Day.

Lebendige Vielfalt: Hannover feiert den CSD

Unter dem Motto: „Auf dich kommt's an! Gemeinsam für Demokratie und Menschenrechte" fand am Pfingstwochenende der Christopher Street Day (CSD) in Hannover statt. Die Veranstaltung zog über 12.000 Menschen aus allen Teilen der Stadt und darüber hinaus an, um ein starkes Zeichen für Vielfalt, Gleichberechtigung und die Rechte der LGBTQIA+-Community zu setzen.

Unsere Fraktion steht hierbei stets für die Sichtbarkeit und Sicherheit der queeren Community ein. Für den CSD war es unser besonderes Anliegen, queerfeindlichen Tendenzen vorzubeugen und ein sicheres Umfeld für alle Teilnehmer*innen zu schaffen.

Die Parade führte durch die Innenstadt Hannovers und verwandelte die Straßen in ein buntes Meer aus Farben, Musik und guter Stimmung. Viele Organisationen, Vereine und auch Vertreter*innen unserer Fraktion sowie verschiedene sozialdemokratische Abgeordnete, unter ihnen unser Europaparlamentarier Bernd Lange, waren vor Ort, um ihre Unterstützung für die LGBTQIA+-Community zu zeigen und für deren Rechte einzutreten.

Der CSD 2024 war ein eindrucksvolles Zeichen der Solidarität und ein Beweis dafür, dass Hannover eine weltoffene und vielfältige Stadt ist.

Für ein Europa der Vielfalt: Unsere gleichstellungspolitische Sprecherin Maxi Carl mit unseren stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Hülya Iri und Kerstin Klebe-Politze sowie Fraktionsreferentin Gesa Graefe auf dem frischen Regenbogen-Zebrastreifen am Platz der Weltausstellung.

Am Vortag des CSD war am Platz der Weltausstellung der Regenbogen-Zebrastreifen aufgetragen worden, den wir vor drei Monaten beschlossen hatten. Auch dies ein sichtbares Zeichen für die Vielfalt der Gesellschaft in unserer Stadt.

24-Stunden-Demo

Am 16./17. Mai hat die Feuerwehr-Landesgruppe der Gewerkschaft ver.di vor dem Landtag ihre jährliche 24-Stunden-Demo für bessere Arbeitsbedingungen abgehalten. Da die Beschäftigten der Berufsfeuerwehr Hannover Landesbeamte sind, haben etliche von ihnen an dieser Demonstration teilgenommen.

Ihnen bekundeten Mitglieder unserer Fraktion, voran unser Vorsitzender Lars Kelich und unsere ordnungs- und personalpolitischen Sprecher, Jens Menge und Bruno Gill, unsere Solidarität. Sie besuch-

Unser Fraktionsvorsitzender Lars Kelich bekundete dem Bundesvorsitzenden der ver.di-Fachgruppe Feuerwehr, Mario Kraatz (2. v. l.), gemeinsam mit unseren personal- und wirtschaftspolitischen Sprechern Florian Spiegelhauer und Bruno Gill, unserem Fraktionsgeschäftsführer Marc-Dietrich Ohse sowie unserem ordnungspolitischen Sprecher Jens Menge (v.l.) die Solidarität unserer Fraktion mit den Beschäftigten der Feuerwehr bei deren 24-Stunden-Demo.

ten die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr und sicherten ihnen unsere Wertschätzung und Unterstützung zu. Das Gespräch mit den Demonstrierenden suchten ebenfalls unsere Innenministerin Daniela Behrens, unser Ordnungsdezernent Axel von der Ohe und die Vorsitzende des Innenausschusses des Niedersächsischen Landtages, Doris Schröder-Köpf.

Endspurt beim Stadtradeln!

Noch bis zum 15. Juni läuft die diesjährige Aktion „Stadtradeln“, die am 26. Mai begonnen hat. Seither dokumentieren viele Menschen in unserer Stadt die Strecken, die sie mit dem Fahrrad unterwegs sind, und zeigen damit, welchen Stellenwert Radfahren in unserer Stadt und unserer Region hat.

STADTRADELN
Radeln für ein gutes Klima

© Klima-Bündnis

Wir sind mit einem Team dabei und laden weiterhin herzlich dazu ein, in diesem Team mitzuradeln. Wenn Du in unserem Team „mitfahren“ willst, melde Dich beim Stadtradeln an und wähl als Dein Team „SPD Hannover“ aus. Solltest Du ein kommunalpolitisches Mandat in einem Bezirksrat, im Rat oder in der Regionsversammlung wahrnehmen, so gib dies bei Deiner Anmeldung an. Die Strecken, die Du seit dem 26. Mai per Rad zurückgelegt hast, kannst Du auch nachträglich eintragen.

Bitte um Unterstützung bei der Wohnungssuche

Am 1. September wird eine neue FSJlerin ihr Freiwilliges Soziales Jahr Politik in unserer Fraktion antreten, das am 31. August 2025 enden wird. Da sie nicht aus der Region Hannover kommt, benötigt sie für diese zwölf Monate Wohnraum – entweder in einer Einzimmerwohnung oder gern in einer Wohngemeinschaft (WG). Wir bitten um Unterstützung bei der Wohnungssuche unserer FSJlerin und um Angebote oder Hinweise an spd@hannover-stadt.de.

Beschlussticker

Um die Kinder- und Jugendarbeit des Verbandes Christlicher Pfadfinder*innen abzusichern, haben wir gestern im Verwaltungsausschuss einen gemeinsamen Antrag zur Personalkostenförderung für den VCP beschlossen.

Eine Stadt für alle.

Impressum:
Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Friedrichswall 15, 30159 Hannover, V.i.S.d.P: Dr. Marc-Dietrich Ohse,
spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de
Fotos: unsplash.com/@error420, SPD-Ratsfraktion
Für Inhalte und Gestaltung der verlinkten Internetseiten übernehmen wir keine Verantwortung.

SPD RATSFRAKTION